

zu TOP

Mainz, 20.08.2025

Anfrage 1241/2025 zur Sitzung am Städtepartnerschaft Mainz-Kigali (FDP)

Seit 2016 unterhält die Landeshauptstadt Mainz offiziell eine Städtepartnerschaft zu Ruandas Hauptstadt Kigali. Es gab jedoch schon vorher Kontakte und eine intensive Zusammenarbeit, insbesondere durch den Freundschaftskreis Mainz/Kigali und das Naturhistorische Museum Mainz, die seit über 10 Jahren eine Partnerschaft mit dem Kant-Haus Museum in Kigali pflegen. Das Land Rheinland-Pfalz unterhält bereits seit 1982 eine Partnerschaft mit der Republik Ruanda.

Bis 2011 haben die Stadtwerke Mainz AG den Bau einer Wasserversorgung unterstützt und in Ruanda mehrere Photovoltaik-Anlagen errichtet, darunter die größte Solaranlage Afrikas.

Zu Beginn dieses Jahres wurde über die Berichterstattung in den öffentlichen Medien bekannt, dass Ruanda beispielsweise die Rebellengruppe M23 im Ostkongo mit Waffen unterstützt. Ziel ist es wohl, sich den Zugang zu Kobaltvorkommen im Ostkongo zu sichern. Ruandas Präsident Paul Kagame bestreitet, wie auch stets in der Vergangenheit, derartige Vorwürfe.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das Vorgehen Ruandas im Ostkongo konsequenter Weise verurteilt und spricht auf seiner Homepage offen von einem „autokratischem Regime“ unter Präsident Paul Kagame in Ruanda.

In einer Stellungnahme der Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan vom 28. Juni 2025 anlässlich der Unterzeichnung eines Friedensabkommens durch die Außenminister der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas in Washington heißt es:

*„Der Krieg im Ostkongo hat unvorstellbares Leid über die Menschen in der Region gebracht. Die Unterzeichnung des neuen Friedensvertrags ist ein wichtiger Schritt in eine friedvollere Zukunft für die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo, in Ruanda und für die gesamte Region. Nun geht es darum, dass dieser Vertrag auch wirklich umgesetzt wird – dass die Waffen endlich schweigen, dass **Gewalt, Vergewaltigungen, Vertreibung und Missbrauch** ein Ende haben. Die leidgeprüfte Bevölkerung im Ostkongo muss ein Leben in Sicherheit, Gewaltfreiheit und Würde führen können. Wir werden die Umsetzung der Friedensvereinbarung genau verfolgen.“*

„Das BMZ hat in enger Abstimmung mit internationalen Partnern wegen der Eskalation des Ostkongo-Konflikts und dem Vorgehen der von Ruanda unterstützten M23 und der Rwanda Defense Forces,

einschließlich der Einnahme der Provinzhauptstädte Goma im Nord-Kivu und Bukavu im Süd-Kivu, Anfang März dieses Jahres entschieden, seine bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda einzuschränken.“

Wir fragen an:

1. Sind der Verwaltung die Verletzungen von Menschenrechten, Gewalt, Vergewaltigungen, Vertreibung und Missbrauch in Ruanda bekannt? Wenn ja, hat dies Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft mit Kigali und kann die Städtepartnerstadt mit Kigali nach Auffassung der Verwaltung unter diesen Bedingungen aufrechterhalten werden?
2. Fanden kulturelle oder wirtschaftliche Aktivitäten mit dem Regime unter Präsident Paul Kagame, der aus Kigali stammt, im Rahmen der Städtepartnerschaft in den letzten vier Jahren statt? Wenn ja, welche Bedeutung hatte dabei die Einhaltung von Menschenrechten?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende